

Vermögensabgabe, Ende des Ehegatten-Splitting, billiges Geld von den Zentralbanken – ein Gesellschaftsmodell, das Haus und Hof nicht mehr kennt, drängt an die Macht

Gefangen im Zahlungsstrom

Von Gerd Held

Drei Jahre sind nun seit dem Beginn der europäischen Rettungspolitik vergangen. Keines der Grundprobleme der Schuldenkrise ist gelöst, aber eine gewisse Beruhigung ist eingetreten. Der große Crash ist ausgeblieben. Und doch hat sich etwas Fundamentales geändert und das ist in diesem Frühjahr 2013 unübersehbar. Da ist der Ruf nach mehr Steuereinnahmen, der nun auch die Vermögensbestände und das Ehegattensplitting zur Disposition stellt. Der neue Steuerdurst dient nicht dem Aufbau neuer Bestände, sondern er soll die wachsenden laufenden Ausgaben des Staates begleichen. Die Vermögen werden angetastet, um in Konjunkturprogrammen eine schnelle Nachfrage zu erzeugen. Die festen Kapitalreserven sollen „liquide“ gemacht werden und auch das Beziehungskapital der Ehe gilt nicht mehr als besonders erhaltenswert. Da liegt die fundamentale Änderung: Alles Statische wird verflüssigt. In diese Richtung wirkt auch die Politik des billigen Geldes durch die Zentralbanken. In diesen Tagen hat die EZB ihren Leitzins auf einen historischen Tiefstand gesenkt. Damit werden nicht nur die bestehenden Vermögen durch Inflation angegriffen, sondern es wird auch die Neubildung von Vermögen untergraben. Der Lohn der Vermögensbildung, der Zins, wird praktisch außer Kraft gesetzt. Dazu kommt eine geistig-moralische Wende. „Sparen“ wird zum Unwort erklärt, die Sparpolitik soll nur noch als Sünde gegen die heilige Nachfrage angesehen werden. Diese Wende erscheint auf den ersten Blick durchaus vernünftig. Die Verflüssigung funktioniert, die großen Einbrüche und Abstürze wurden vermieden. Die Börsen verzeichnen Höchststände. Viele Unternehmen und ihre Berufstätigen sind dankbar für jede Nachfrage, die ihnen über die Runden hilft. Aber es ist eine nervöse

Beruhigung, bei der die Angst immer präsent ist. Nichts bewegt sich auf sicherem Grund. Es bleibt das Gefühl, nur Getriebene zu sein, und diese Stimmung ist in Europa überall greifbar. In diesem Frühjahr 2013 wird spürbar, wie einseitig unsere politische und wirtschaftliche Kultur geworden ist. Sie hat sich von einem Ankerpunkt gelöst – von den Beständen, von den Ordnungselementen, von allen festen Ufern. Die Menschen, welchem Land und welcher sozialen Schicht sie auch angehören, sehen sich in einem großen Zahlungsstrom. Von ihm sind sie abhängig. Er muss tagtäglich in Fluss gehalten werden. Es herrscht eine Ruhe in rasender Fahrt.

In dieser Lage neigt mancher zum entgegengesetzten Extrem. Eine konservative Grundhaltung wird gesucht, ein absoluter Gegenpol von unantastbaren Werten, die „von je her“ da waren. Doch trifft das wirklich das Problem? Die Bestände, die jetzt angegriffen werden – starke Vermögensreserven, stabile Währungen und solide Staatshaushalte, garantierte Gestaltungsräume in Ehe und Familie – sind keine ewigen Gegebenheiten, sondern selber moderne Errungenschaften. Sie sind aus pragmatischen Erwägungen und Wahlmöglichkeiten entstanden und müssen sich insofern immer wieder neu bewähren. Gegenüber der mächtigen Tendenz zur allgemeinen Verflüssigung hilft es daher nicht weiter, die Unantastbarkeit einer höheren Ordnung zu beschwören. Der Ball muss flacher gehalten werden. Es geht darum, den Sinn der statischen Elemente in einer modernen Welt neu zu verstehen und besser zu begründen.

Der Vermögenshintergrund in Billionenhöhe, vor dem sich die deutsche Volkswirtschaft bewegt, wird gebraucht, damit die Unternehmen eine solide Kapitaldecke bilden können und dadurch den Wechsel

der Konjunkturen und den Aufstieg oder Absturz einzelner Produkte abfedern können. Würde hier immer gleich die ganze Existenz auf dem Spiel stehen, wäre das moderne Wirtschaftsleben nicht auszuhalten – so fleißig sich die Akteure auch wären. Große Vermögen sind also mäßige, verstetigende Elemente und keine Risikoextremisten. Ihre Stärke besteht in der immer wieder neuen Kombination unterschiedlicher Bereiche und Erträge. Sie erscheinen oft wie ein Monolith, aber sie tragen in Wirklichkeit zur Lockerung von Abhängigkeiten bei. Feste Bestände geben den Menschen mehr Wahlmöglichkeiten – diese Logik lässt sich auch an der Institution der modernen Ehe zeigen. Sie ist eine Wahl, aber eine Wahl mit langer Bindung. Sie knüpft ein lebenslanges Band zwischen zwei Personen und dadurch wird ein innerer Gestaltungsraum eröffnet: eine frühe Karriere, eine Teilzeitarbeit, Erziehungsjahre, ein zweiter Bildungsweg, eine späte Karriere – das eheliche „Splitting“ ermöglicht biographische Sprünge, die nur schwer möglich sind, wenn man das ganze Lebensprogramm allein absolvieren müsste. Wäre die Gesellschaft nur ein Meer von Singles, wäre die allgemeine Lebensführung viel gleichförmiger und kleinlicher gesteuert. Hingegen schafft das statische Element der Ehe ein Beziehungskapital, das viele Lebensoptionen eröffnet.

Der Sinn der statischen Elemente der modernen Welt besteht also nicht darin, unser Arbeiten und Leben besonders starr

festzulegen. Vielmehr eröffnen diese Elemente größere Freiräume. Fehlen sie, sind wir gefangen in einem großen, recht monotonen Strom. Wie real diese Gefahr ist, zeigt die gegenwärtige Entwicklung des Staates. Er steckt immer tiefer im Zahlungsfluss, die laufenden Ausgaben haben den Vorrang vor Investitionen bekommen – insbesondere, seit der Sozialhaushalt der mit Abstand größte Haushaltsposten geworden ist. Problematisch am gegenwärtigen Transferstaat ist nicht nur die Umverteilung auf Kosten der Leistungsträger, sondern überhaupt die Fixierung auf das Zuteilen. Man weiß gar nicht mehr, was Ordnungspolitik bedeutet. Dabei war es historisch gerade die Neuerfindung statischer Elemente, mit denen der Staat der modernen Freiheit den Weg bahnte: systematische Verwaltung und staatliche Haushaltsführung, flächendeckende Normen, effiziente Infrastrukturen und das Gewaltmonopol. Heute sind diese Elemente nicht verschwunden, aber sie sind überwuchert. Der Staat ist, mitten im anschwellenden Zahlungsstrom, einer der größten Flussbeschleuniger, obwohl er von seiner Grundkonstitution her eigentlich ein Gegengewicht bilden müsste.

Das ist die Situation, die in diesem Frühjahr 2013 für eine Ruhe sorgt, die doch keine Sicherheit und Souveränität im Handeln gibt. Umso wichtiger ist, das „Sparen“, das zumindest die Option für eine andere Politik offenhält, nicht auch noch in den Fluss zu werfen.

(Manuskript vom 22.5.2013, erschienen als Essay in der Tageszeitung DIE WELT am 28.5.2013 unter der Überschrift „Sparen als neue Sünde“)